

# bildungsstreik

Beilage der  
Tageszeitung *junge Welt*

Mittwoch,  
17. Juni 2009, Nr. 137

**Aktion Banküberfall: Ein provokantes Finanzierungskonzept von Studierenden für Bildung und Zukunft** Seite 2

**Wahlprüfstein Bildung: Ein Vergleich zwischen Anspruch und Wirklichkeit bei der SPD, der Linkspartei und den Grünen** Seite 5

**Bildung international: Verfassungsänderung in Griechenland gestoppt. Bildungsoffensive in Venezuela zeigt Erfolge** Seite 7

**Wie weiter nach dem Bildungsstreik? Darum geht es bei dem für Oktober geplanten Kongreß »Make Capitalism History«** Seite 8

Die Tageszeitung  
**junge Welt**

## Bildung für alle – kostenlos, aber nicht umsonst!

Mit dem Bildungsstreik ist eine Vernetzung entstanden, die entscheidend für kommende Auseinandersetzungen sein wird. **Von Jonas Rest und Claudia Wangerin**

**B**ildungsgebühren und die Privatisierung treffen uns alle«, heißt es im Aufruf des breiten Bündnisses von Studierenden, Schülerinnen und Schülern, das zum bundesweiten Bildungsstreik vom 15. bis zum 19. Juni aufgerufen hat. Mit Unterstützung von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen wollen sie in dieser Aktionswoche ein kraftvolles Zeichen für selbstbestimmtes Lernen und Leben setzen.

Von Hamburg bis Regensburg, von Berlin bis Aachen gehen erstmals seit Jahren Studierende, Schülerinnen und Schüler und Auszubildende auf die Straße. Die *junge Welt* ist mit diesem Themenspecial dabei, das die Vielfalt dieser Bewegung nur beispielhaft wiedergeben kann.

Bereits heute ist klar, daß mit dem Bildungsstreik eine neue Vernetzung entstanden ist. Nicht nur Schülerinnen und Schüler und Studierende haben in der Protestvorbereitung ihre Zusammenarbeit intensiviert – dem Bündnis gelang es auch, die Unterstützung von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen bis hin zu Migrant\*innenorganisationen zu gewinnen.

Eine breite Vernetzung ist heute notwendiger denn je. Gerade in Krisenzeiten ist massiver Druck nötig, um die finanzielle Austrocknung von Schulen und Hochschulen zu beenden. Während die Bundesregierung Milliarden in Banken pumpt, hat sie jetzt gleichzeitig die Schuldenbremse in der Verfassung festschreiben lassen. Das bedeutet, daß die Milliarden in anderen Bereichen wieder eingespart werden müssen. Nach den Bundestagswahlen drohen dann auch Kürzungen im Bildungsbereich. Das wird sich nur durch massiven Druck abwenden lassen – indem Schüler, Studierende und Auszubildende gemeinsam mit Gewerkschaften und sozialen Bewegungen agieren.

Der Bildungsstreik macht deutlich, daß dies auch bei uns möglich ist. Er ist kein Elitenprotest, sondern von der Überzeugung getragen, daß Studierende, Schülerinnen und Schüler wie Auszubildende sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Im Aufruf heißt es: »Wir sind überall mit der gleichen Politik konfrontiert: an der Hochschule, in den Schulen und im Betrieb.«

Was der Finanzierung der Bildung dient, muß nicht den

Armen weggenommen werden, wie der hier auf Seite 3 vorgestellte »Banküberfall« zeigt.

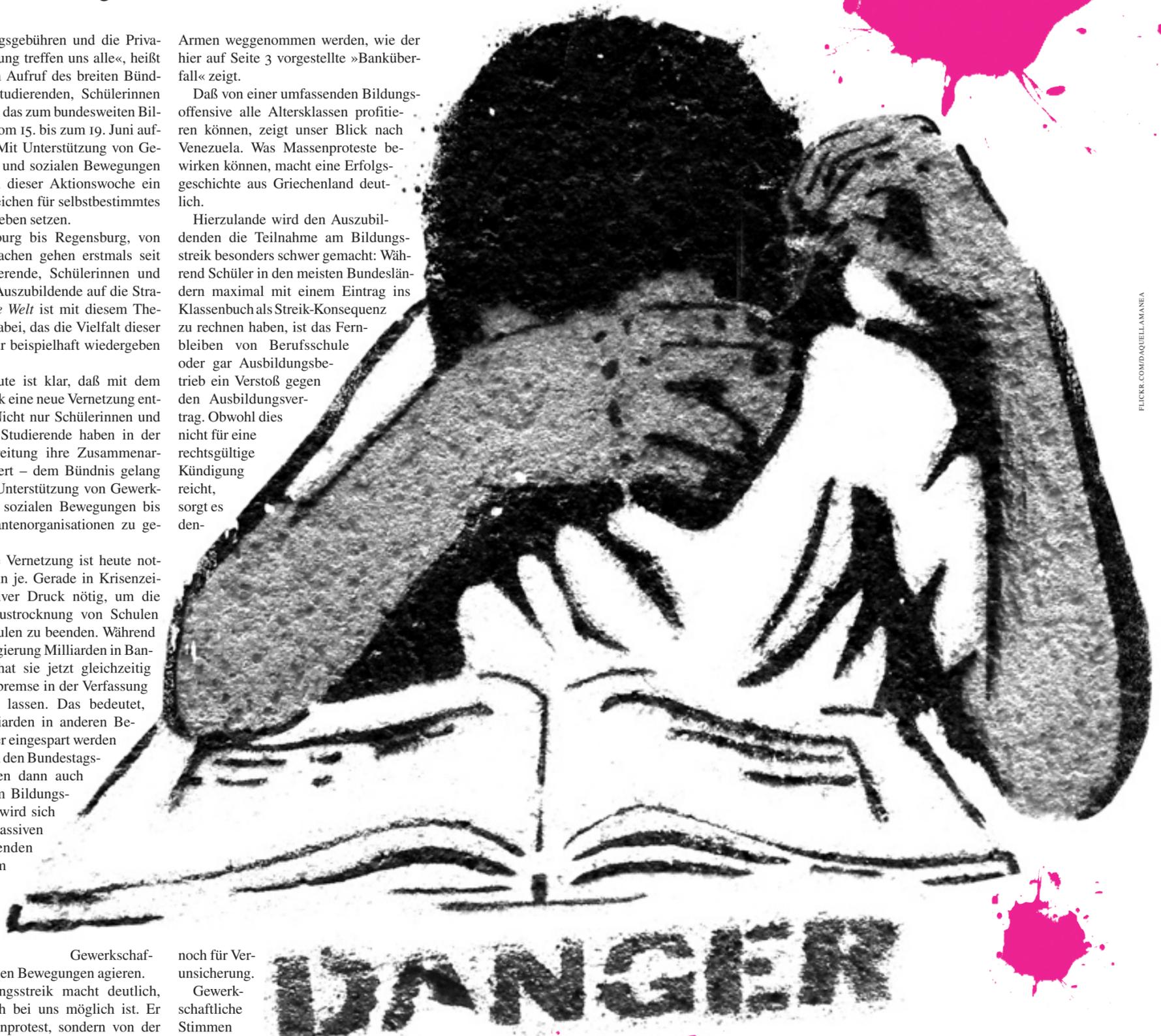
Daß von einer umfassenden Bildungsoffensive alle Altersklassen profitieren können, zeigt unser Blick nach Venezuela. Was Massenproteste bewirken können, macht eine Erfolgsgeschichte aus Griechenland deutlich.

Hierzulande wird den Auszubildenden die Teilnahme am Bildungsstreik besonders schwer gemacht: Während Schüler in den meisten Bundesländern maximal mit einem Eintrag ins Klassenbuch als Streik-Konsequenz zu rechnen haben, ist das Fernbleiben von Berufsschule oder gar Ausbildungsbetrieb ein Verstoß gegen den Ausbildungsvertrag. Obwohl dies nicht für eine rechtsgültige Kündigung reicht, sorgt es den-

noch für Verunsicherung.

Gewerkschaftliche Stimmen machen auch in diesem Special deutlich, daß die Solidarität der Gewerkschaften den Teilnehmern des Bildungsstreiks sicher ist.

*junge Welt* hat bei dieser Gelegenheit mit *Critica*, dem Magazin des Studierendenverbandes Die Linke.SDS, der Zeitschrift *Position* (Magazin der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend) und der Zeitschrift *Klassenkampf* zusammengearbeitet.



FUCKR.COM/D/AQUILLAMANE

In Zusammenarbeit mit:

**KLASSEN\_KAMPF#**

**critica**

Magazin des Labors 032 (Bildarbeit & Theaterarbeit der Studierenden)

Wegweiser der **SDS**  
**POSITION**

## »Nicht nur Parties organisieren«

Schülervertretungen sollten politischer werden. Ein Gespräch mit Jann Lossdörfer

**W**er beteiligt sich in Kiel am bundesweiten Bildungsstreik?

Im Kieler Schulstreikbündnis engagieren sich vor allem einzelne Schülerinnen und Schüler aus verschiedenen Schulen. Außerdem sind Studierende, die Landesschülervertretung der Gymnasien und Gesamtschulen und die SDAJ in diesem Bündnis vertreten. In unserer Arbeit werden wir von der DGB-Jugend und der GEW unterstützt. Im Gegensatz zum letzten Schulstreik versuchen wir dieses Mal explizit auch Berufsschüler und Studierende mit auf die Straße zu bringen. Dazu haben wir eigene Flugblätter produziert und verteilt.

**Sind auch die Schülervertretungen mit im Boot?**

Zum Teil. Es sind einige Schülervertretungen im Bündnis aktiv, andere unterstützen den Streik, in dem sie Flyer in ihren Schulen verteilen oder zumindest auslegen. Es gibt aber leider auch einige, die sich gegen den Schulstreik stellen, weil sie der Meinung sind, daß Schülervertretungen generell unpolitisch sein sollten. Sie verstehen sich nicht als Interessenvertretungen der Schülerschaft, sondern eher als kostenlose Dienstleistungs- und Partyunternehmen – und so sieht dann auch ihre Arbeit aus. Leider sehen sich recht



Jann Lossdörfer ist Schülersprecher in Kiel, Mitglied der SDAJ und aktiv im Schulstreikbündnis

viele dieser Gremien in Kiel und auch die Kreisschülervertretung so. Es gibt aber auch Städte, in denen die Schülervertretungen die Initiatoren und Hauptverantwortlichen des Streiks sind, zum Beispiel Essen.

**Warum ist die Kreisschülervertretung gegen den Schulstreik?**

Die KSV ist weder für noch gegen den Schulstreik. Sie ist leider eines dieser kostenlosen Partyunternehmen. Sie sieht ihre Hauptaufgabe darin, Schülerparties in einem örtlichen Club zu organisieren, um den mageren Etat aufzubessern, den sie von der Stadt Kiel bekommt. Allein das sagt schon sehr viel aus: Anstatt der Stadt Druck zu machen und einen Etat zu fordern, mit dem man auch arbeiten kann, nimmt man die Umstände so hin und organisiert Parties.

Diese Haltung ist das vorläufige Ergebnis eines schon länger andauernden Streits zweier Fraktionen in der KSV. Die eine will eine fortschrittliche, politische KSV, die die Schulstreiks unterstützt, die andere sagt, daß man die Meinung

so vieler Schülerinnen und Schüler gar nicht vertreten könne, deshalb solle man zu politischen Themen lieber gar nichts sagen. Diese Fraktion hat zur Zeit leider eine knappe Mehrheit. Daraus ergeben sich dann ziemlich paradoxe Situationen: In Kiel haben sich im November 2008 etwa 5 000 Schülerinnen und Schüler am Streik beteiligt – so viele wie bei keiner Veranstaltung der KSV in den letzten 15 Jahren. Das zeigt meiner Meinung nach deutlich die Interessen der Kieler Schülerinnen und Schüler – und wer sie momentan vertritt: Das Bildungsbündnis Kiel und nicht die Kreisschülervertretung.

**Welche wichtigen Aufgaben stehen nach den Streiks an?**

Wichtig ist, daß wir anfangen, die Schülerinnen und Schüler zu organisieren. Die großen Streiks, die zur Zeit alle sechs Monate stattfinden, können nur wenig bewirken, wenn es uns nicht gelingt, daß die Beteiligten auch »zwischen« den Streiks für ihre Rechte eintreten. Das können ganz einfache Dinge sein, z.B. der Protest gegen hohe Cafeteriapreise oder für ein besseres freiwilliges AG-Angebot. Wir dürfen uns nicht der Illusion hingeben, daß wir mit zwei bundesweiten Streiks, auch wenn sie noch so groß und erfolgreich sind, langfristig die Situation an den Schulen verbessern können. Dazu brauchen wir die tägliche

Kleinarbeit; und genau die will die SDAJ mit ihrer aktuellen Kampagne »Rettet die Bildung – nicht die Banken und Konzerne!« fördern. Deshalb richten wir Anfang Oktober einen »SchülerInnenratschlag« in Frankfurt aus, um gemeinsam mit den Aktivisten die Bildungsstreiks auszuwerten, aber auch darüber zu diskutieren, wie es mit der Bewegung weitergehen soll. Einen besonderen Stellenwert haben dabei die Schülervertretungen.

Unsere Erfahrungen in Kiel zeigen, daß wir diese Gremien wieder zu echten Interessenvertretungen machen müssen. Diese Chance wird nicht genutzt, wenn die Schülervertretungen nur Parties organisieren und Schulhefte verkaufen.

**Welche Möglichkeiten der Mitbestimmung hätte eine politische Schülervertretung?**

Die Möglichkeiten der Schülervertretungen sind natürlich begrenzt. Eine SV kann noch so engagiert und aktiv sein, ihre Macht gegenüber der Schulleitung oder gar den Bildungsministerien ist verhältnismäßig klein, und viele Rektoren wollen eben eher eine unpolitische SV, die keinen Terz macht. Daher muß eine SV, die etwas erreichen will, versuchen, die gesamte Schülerschaft mit einzubeziehen – denn nur gemeinsam sind wir stark.

Interview: Anna Cordi



**V**or drei Jahren, am Anfang des Sommers 2006, traf sich rund ein Dutzend Berliner Schüler in einem Besprechungsraum des Schulamtes im Rathaus Friedrichshain. Ihre Idee war simpel: ein Schulstreik. Doch angesichts der geringen politischen Erfahrung der jungen Aktivisten war die Umsetzung dieser Idee wesentlich komplizierter. Die Situation an Berlins Schulen hatte sich seit Jahren verschlechtert. Klassen mit 35 Schülern sowie zehnprozentiger Unterrichtsausfall waren für viele zur Norm geworden – doch würde das reichen, um Schüler auf die Straße zu bringen?

Nach langen Diskussionen einigte sich die Schülerinitiative, die sich »Bildungsblockaden einreißen!« nannte, auf einen Streikaufruf für den 13. September, in der Woche vor den Wahlen zum Berliner Abgeordnetenhaus.

Noch am Abend vor dem Schulstreik

Die letzten Schulstreiks in Berlin ♦ Von Wlodek Flakin

### Der sechste Streik



meldete sich Flo (16), einer der Gründer des Schülerbündnisses, bei der Pressegruppe: »Warum habt ihr geschrieben, daß Tausende erwartet werden?« Er war froh, wenn wenigstens 1 000 Schüler sich beteiligten.

Aber am nächsten Morgen um 9.00 Uhr zogen allein 800 Schüler spontan von der Eberswalder Straße zum Alexanderplatz, um sich der Demonstration anzuschließen. Bei der Kundgebung vor dem Roten Rathaus waren es mindestens 10 000. Dieser plötzliche Erfolg, der größte Schulstreik seit Beginn des Irakkrieges am 20. März 2003, war Anstoß für viele weitere Proteste. Aimo Belling, damals Pressesprecher von »Bildungsblockaden einreißen!«, meint rückblickend gegenüber jW: »Daß auf unsere Initiative bundesweite Schul- und Uni-streiks folgen könnten, die die Chance hätten, eine Bewegung anzustoßen, hat damals wohl keiner von uns gedacht.«

Im April 2007 riefen Gewerkschaften in Berlin zu einer »Workparade«

für mehr Ausbildungsplätze auf. Das Schülerbündnis entschied sich, diese Gewerkschaftskundgebung mit einem Schulstreik zu ergänzen, und trotz einer Mobilisierungszeit von nur drei Wochen kamen erneut rund 5 000 Schüler zusammen.

Nicht nur in Berlin fanden in dieser Zeit Schulstreiks statt. Am 29. September 2006 in Dresden oder am 12. Dezember in Potsdam gingen ebenfalls Tausende auf die Straße.

Eine Schülergruppe aus Tübingen lancierte dann Anfang 2008 einen Aufruf zum »bundesweiten Schulstreik«. Da es in der BRD keine bundesweiten Schülerstrukturen gibt – von der zahnlosen »Bundesschülerkonferenz« mal abgesehen –, war es ein ambitionierter Vorschlag. Am 22. Mai 2008 in Berlin und am 12. Juni in zehn weiteren Städten gingen 30 000 Schüler beim ersten (zumindest ansatzweise) bundesweiten Schulstreik auf die Straße.

Für November 2008 wurde dann ein

wirklich bundesweiter Schulstreik angesetzt. Schüleraktivisten reisten durch die BRD, ein bundesweiter Schülerkongress fand in Berlin statt; Schülerbündnisse schossen in Dutzenden Städten aus dem Boden. Am 12. November waren es nach Angaben der Organisatoren 100 000 junge Menschen, die in mindestens 43 Städten dem Unterricht fernblieben. Die bürgerliche Presse lenkte von der Dimension der Proteste ab, indem sie sich auf die kurzzeitige Besetzung der Berliner Humboldt-Universität (und die bedauerliche Beschädigung einer Ausstellung über jüdische Unternehmer zur Zeit des Faschismus) konzentrierte. Nicht nur an diesem Tag waren aktive Schüler mit Repression konfrontiert. Schulleiter drohten mit Fehltagen, und die Polizei prügelte immer wieder auf junge Schüler ein.

Diese Proteste veränderten nach und nach das Bewußtsein vieler Schüler. Als im Juni 2008 die zentrale Prüfung zum »Mittleren Schulabschluß« (MSA) in Berlin wegen bürokratischer Versäumnisse wiederholt werden sollte, kursierte sofort ein neuer Aufruf zum Streik. Innerhalb von vier Tagen versammelten sich 3 000 vor dem Roten Rathaus.

Von Anfang an wurde versucht, die Schülerdemonstrationen mit Protesten von Lehrern und Arbeitern zu verbinden. Schon beim ersten Schulstreik gab es eine gemeinsame Presseerklärung von Schülern und streikenden Krankenpflegern der Charité. Besondere Bemühungen, eine gemeinsame Aktion von Schülern und Lehrern hinzubekommen, gab es beim bundesweiten Schulstreik im November 2008: Wegen eines Tarifstreits im öffentlichen Dienst Berlins waren die angestellten Lehrer am gleichen Tag wie ihre Schüler im Ausstand. Auch hier gab es gegenseitige Solidaritätserklärungen.

Der Bildungsstreik 2009, wie die Schülerproteste davor, bringt eine unberechenbare Dynamik mit sich. Diesmal rufen auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und sogar Berliner Hochschulrektoren zum Protest auf.

bildungsstreik erscheint als Beilage der Tageszeitung **junge Welt** im Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6, 10119 Berlin. Redaktion: Claudia Wangerin, Jonas Rest, Peter Wolter (V.i.S.d.P.); Anzeigen: Silke Schubert; Gestaltung: Lars Peters & Max Grambihler

### JUMP UP

#### Schallplattenversand

Nicht Freiheit sondern Ketten, das schenkt uns das Kapital - unsere Freiheit die heißt Klassenkampf, das ist die einzige Wahl!

**Barbara Dane:**

**I Hate the Capitalist System**

Lieder der Berg- und Autoarbeiter, Anti-Kriegslieder, Studentenlieder über den Haß auf dieses System von Unterdrückung und Ausbeutung.

CD, EUR 16,00



Höre, was andere nicht hören wollen!

[www.jump-up.de](http://www.jump-up.de) // [info@jumpup.de](mailto:info@jumpup.de)

Schallplattenversand Matthias Henk, Postfach 11 04 47, 28207 Bremen, Tel/Fax: 0421/4988535

# Banküberfall für freie Bildung

Am 18. Juni wollen Studierende bundesweit Banken überfallen. Sie fordern ein Rettungspaket für freie Bildung statt für Kreditinstitute. **Von Jonas Rest**

Finanzminister Peer Steinbrück haben sie gewarnt. Bevor sie am Donnerstag bundesweit Banken überfallen wollen, haben die Studierenden einen Brief an den Finanzminister verfasst, in dem sie 104 Milliarden für bessere und freie Bildung fordern. Ansonsten, so heißt es in dem Schreiben: »behalten wir uns weitere Schritte vor«.

»Die Commerzbank hat deine Studiengebühren« steht auf dem schwarz-gelben Plakat, das Ben Stotz vor der Mensa der Freien Universität Berlin anbringt. Der 26-jährige Lateinamerikanistik-Student ist einer der Autoren des Briefes an Steinbrück, der – wie erwartet – nicht reagiert hat. Deshalb wollen Ben Stotz und andere Studierende am Donnerstag bundesweit Privatbanken »überfallen«, sie besetzen und den Bankverkehr blockieren, mit Filialleitern und Kunden diskutieren und alternative Geldschalter eröffnen. »Wir werden natürlich nichts klauen«, lacht Ben. »Aber wir werden bei Banken und Regierung einen Rettungsschirm für freie Bildung einfordern.«

Die Kritik der Studierenden: Allein die Commerzbank hat 30 Milliarden an

Steuergeldern erhalten – das entspricht dem bundesdeutschen Jahresetat für die Hochschulen. Auf diese Prioritätensetzung wollen die Organisatoren der »Aktion Banküberfall« aufmerksam machen: Während die Banken Milliarden erhalten, löse ihre Krise niemand, heißt es in dem Aufruf zu der Aktion.

»Die Investitionen ins Bildungswesen sind lächerlich«, kommentiert Ben. Daß die Bundesregierung nun Bildungsprogramme in Höhe von 18 Milliarden für die nächsten zehn Jahre auflegen will, findet der Student nicht ausreichend: »Die neubewilligten Milliarden gehen an die falsche Stelle, nämlich in erster Linie an außeruniversitäre Forschung und Eliteuniversitäten.« Der Großteil der Gelder geht in Forschungsprogramme wie die »Exzellenzinitiative«, von denen nur die Spitzenforschung an einigen wenigen Universitäten profitiert. »Die von der Bundesregierung gefeierte Neuschaffung von Studienplätzen fängt in der Realität nicht einmal die Doppeljahrgänge des Turboabiturs auf«, kritisiert Ben. Auch die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) weist darauf hin, daß die

pro Studienplatz bereitgestellten Mittel nicht ausreichen, um alle Studienplätze vollständig zu finanzieren. Am schlechten Betreuungsverhältnis und an überfüllten Hörsälen werden die Programme der Bundesregierung nichts ändern.

Hinzu kommt, daß selbst die beschlossenen Ausgaben noch nicht in trockenen Tüchern sind. In einer Protokollnotiz hat Steinbrück mit Verweis auf die prekäre Haushaltslage festhalten lassen, daß bei den geplanten Ausgaben »insbesondere die weitere Einnahmesituation des Bundes« zu berücksichtigen sei. »Im Klartext heißt das, daß nach den Wahlen die so wieso unzureichenden Programmen auch ebenso schnell weiter zusammengestrichen werden können«, befürchtet Ben. Für ihn stehen die Mittel in keinem Verhältnis zu den Milliarden spritzen für die Banken: »Allein mit den 87 Milliarden der Hypo Real Estate könnte man pro Semester 13 Millionen neue Studienplätze schaffen«, rechnet Ben vor. Dies hält der Student gerade unter den Bedingungen der Krise für dringend erforderlich: »In der Krise stehen ganze Jahrgänge von Bachelorstudierenden vor der Gefahr,

direkt in der Arbeitslosigkeit und damit bei Hartz IV zu landen. Deshalb brauchen wir den Master als kostenfreien Regelabschluß für alle, damit Studierende die Krise sinnvoll überbrücken können.«

Mit der Banküberfall-Aktion wollen die Studierenden ihre Forderung nach Abschaffung von Studiengebühren erneuern. Ben fürchtet: »Studiengebühren bedeuten in der Krise für viele Studierende den Studienabbruch. Eltern werden ihre Kinder nicht mehr finanziell unterstützen können, gleichzeitig werden auch viele Studentenjobs wegbrechen.«

Auch wenn der Banküberfall nur symbolisch ist – professionell vorbereitet haben sich die Studierenden. Die Banken sind bereits ausgespäht – aber erst unmittelbar vor der Aktion wird klar werden, welche Banken dann »überfallen« werden. Vielleicht wird der Finanzminister dann doch noch reagieren.



Eine Übersicht aller Proteste im Rahmen der Aktion »Banküberfall« findet sich unter: [www.bildungsstreik2009.de](http://www.bildungsstreik2009.de)

## »Mehr Selbstverwaltung«

Solidarität als Berufsethos: Im Protest gegen den Bildungsnotstand sind Lehrkräfte, Schüler und Studierende vereint. **Ein Gespräch mit Andreas Keller**

**M**ußte die GEW lange überlegen, ob sie den bundesweiten Bildungsstreik unterstützt?

Nein, das war für uns selbstverständlich. Wir waren immer schon der Meinung, daß Lehrende, Studierende, Schülerinnen und Schüler eine Menge gemeinsamer Interessen haben, für die wir auch gemeinsam eintreten sollten – und daß wir es auch jederzeit unterstützen, wenn die Initiative dazu von den Lernenden ausgeht.

**Die GEW nimmt neben Lehrenden aus allen Bildungsbereichen auch Studierende als Mitglieder auf. Wie setzt sich die Mitgliedschaft zusammen?**

Wir haben über 250 000 Mitglieder. Die meisten sind Lehrerinnen und Lehrer an Schulen. Hinzu kommen Lehrende, Pädagogen und Bildungsarbeiter in anderen Bildungsbereichen – sowohl an den Hochschulen als auch im Bereich der frühkindlichen Bildung und der Weiterbildung für Erwachsene – aber eben auch Studierende.

**Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Forderungen der GEW anläßlich des Bildungsstreiks?**

An erster Stelle steht die Forderung nach einer drastischen Verbesserung der Finanzierung von Bildungseinrichtungen. Während Bund und Länder über Nacht Milliarden für die Rettung der Banken mobilisieren konnten, tun sie sich schwer, wenn es um die überfälligen Investitionen in die Zukunftschancen junger Menschen geht. Wir fordern darüber hinaus mehr Chancengleichheit in der Bildung



Andreas Keller ist Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) und Leiter des Vorstandsbereiches Hochschule und Forschung

– durch eine gute Schule für alle, durch Gebührenfreiheit von der Kita bis zur Uni und durch eine leistungsfähige Ausbildungsförderung. Wir drehen den Spieß um: Statt für ihre Ausbildung Gebühren zu bezahlen, sollte allen Studierenden ein elternunabhängiges Studienhonorar zustehen. Neben einer besseren Finanzierung setzt sich die GEW für strukturelle Reformen des Bildungswesens ein: Innovation durch Partizipation. Schulen und Hochschulen sind keine Dienstleistungsunternehmen. Wir brauchen daher nicht weniger, sondern mehr Selbstverwaltung und Mitbestimmung sowohl von Schülerinnen, Schülern und Studierenden als

auch der Beschäftigten. Gute Bildung und gute Arbeit sind zwei Seiten einer Medaille. Zu hoher Workload, befristete Arbeitsverträge und eine miese Bezahlung – das sorgt nicht nur für Frust bei den Beschäftigten, sondern wirkt sich auch negativ auf die Qualität von Lehre und Unterricht aus.

**Im schulischen Alltag ist ein Miteinander von Lehrkräften und Schülern leider nicht so selbstverständlich. Durch den Leistungsdruck und**

die Überforderung mancher Lehrer kommt es oft sogar zu persönlichen Feindschaften, wobei die Schüler meistens den kürzeren ziehen und sich der Willkür von Lehrern ausgeliefert fühlen. Ist das in der GEW ein Thema?

Selbstverständlich. Wir nehmen das sehr ernst. Im Rahmen unserer Dachorganisation, der Bildungsinternationale, haben wir einen Berufsethos für Lehrkräfte verabschiedet, mit dem wir nicht nur Forderungen an die Politik stellen, sondern auch uns selbst verpflichten, verantwortlich mit Studierenden, Schülerinnen und Schülern umzugehen. Die Bildungsinternationale vertritt weltweit die Interessen von 30 Millionen Lehrern und Bildungsarbeitern, vom Kindergarten bis zur Hochschule.

**Interview: Claudia Wangerin**

ANZEIGE

**MAKE CAPITALISM HISTORY**

**2.-4. OKTOBER, FU BERLIN**

**KONGRESS MIT ÜBER 100 PODIEN, WORKSHOPS, KONZERTE, FILME...**

MIT: ELMAR ALTVATER („KONKURRENZ FÜR DAS EMPIRE“) \* ROBERT BRENNER („THE BOOM & THE BUBBLE“) \* ALEKSANDR BUZGALIN (PROFESSOR FÜR ÖKONOMIE, MOSKAU) \* SEVIM DAGDELEN (MDB DIE LINKE, DDF) \* DIETMAR DATH (SCHRIFTSTELLER „MASCHINENWINTER“) \* MIKE DAVIS („PLANET OF SLUMS“) \* ALEX DEMIROVIC („DEMOKRATIE IN DER WIRTSCHAFT“) \* KLAUS DÖRRE (UNI JENA) \* PETER GROTTIAN (FU BERLIN) \* MICHAEL HARTMANN (UNI DARMSTADT) \* MICHAEL HEINRICH („EINFÜHRUNG IN DIE KRITIK DER POLITISCHEN ÖKONOMIE“) \* ANDREAS KELLER (GEW) \* KATJA KIPPING (DIE LINKE) \* MEENA MENON (VORBEREITUNGSKOMITEE WELTSoZIALFORUM MUMBAI) \* BERND RIEKINGER (VER.DI) \* HANS-JÜRGEN URBAN (IG METALL) \* U.V.M.

JETZT ANMELDEN & READER BESTELLEN IM INTERNET UNTER:

**WWW.MAKE-CAPITALISM-HISTORY.DE**

delinke SDS

## Know your rights

Rechte kennen und wahrnehmen: Gewerkschaften bieten arbeitsrechtliche Beratung an Hochschulen an. **Von Carla Dietrich**

**S**tudierende von heute haben kaum noch Zeit, im Park herumzuliegen oder nächtelang durchzufeiern, was immer noch ein weit verbreitetes Klischee ist.

In Wirklichkeit stehen sie unter immensen Leistungsdruck: Die Hochschulen setzen in den meisten Studiengängen eine 35- bis 40-Stunden-Woche an. Ein Großteil der Studierenden muß nebenher arbeiten – und das nicht zu knapp. Fast 60 Prozent der Studierenden geben an, neben ihrem Studium zu jobben. Ein Großteil braucht das verdiente Geld schlicht zum Überleben. Nicht etwa um sich einen schicken Urlaub oder ein Auto zu finanzieren.

Und als hätte man nicht schon genug Streß durch Uni und BAföG-Amt, nervt oft auch noch der Arbeitgeber, der einem klarmachen will, daß man als Student nicht die gleichen Rechte hat wie andere Arbeitnehmer. Und nach dem Studium



geht die prekäre Beschäftigung weiter.

Die DGB-Jugend hat schon lange erkannt, daß neben den Auszubildenden auch die Studierenden auf ihre Hilfe an-

gewiesen sind. Denn beide Gruppen haben eins gemein: Sie werden als billige Arbeitskräfte ausgenutzt. Oft kennen sie ihre Rechte nicht oder wissen nicht, wie

diese durchzusetzen sind.

Um Abhilfe zu schaffen, gibt es in Berlin und Brandenburg inzwischen vier Beratungsbüros direkt an Hochschulen. Ausgebildete Ehrenamtliche beraten hier nach dem Motto »von Studierenden für Studierende« bei Problemen im Arbeits- und Sozialrecht. Am häufigsten treten Fragen nach Sozialversicherung, Arbeitsverträgen, Urlaub und nicht gezahltem Lohn auf. Seit rund anderthalb Jahren erkundigen sich auch immer mehr Studierende über die Möglichkeit, Arbeitslosengeld II zu bekommen, da sie keine Zeit mehr haben, neben dem Studium zu arbeiten und auch nicht durch BAföG abgesichert sind.

Die Gewerkschaften bewegen sich an den Hochschulen nicht im luftleeren Raum. Vielfach kooperieren sie mit ASten, Studienberatungen, Fachschaften und Initiativen.

Gewerkschaften gestalten Studienbedingungen mit, mischen sich in die Hochschulpolitik ein und sind in vielen Gremien vertreten. Gewerkschaften und Studierende bilden eine Interessengemeinschaft an der Hochschule. Gemeinsam ist Veränderung möglich.

Auch beim diesjährigen Bildungsstreik sind die Gewerkschaften aktiv, unterstützen das Streikbündnis und versuchen vor allen Dingen, Auszubildende miteinzubeziehen.

Weitere Informationen direkt von der Autorin: **Carla Dietrich, DGB-Jugend Berlin-Brandenburg, (030) 212 40 311, www.campustour.info**

Zusammengefaßt ♦ Von IG-Metall-Bundesjugendsekretär Eric Leiderer

## »Generation prekär« macht mobil

Wenn wir einen Blick über die Grenzen werfen, stellen wir fest: Überall in Europa sagt die Jugend »Es reicht.«

**Beispiel Griechenland:** Was bei uns »Generation prekär« heißt, ist dort die sogenannte »Generation 700 Euro«. Im Dezember letzten Jahres demonstrierten Tausende in Athen und vielen anderen Städten offensiv gegen ein Leben in unsicheren Verhältnissen. Überall wehren sich junge Menschen dagegen, daß man sie mit schlecht bezahlten, unsicheren Jobs abspeisen will.

**Beispiel Italien:** 100 000 Studierende solidarisierten sich mit Leiharbeitern. Gemeinsam fuhren sie nach Rom und durchbrachen die Bannmeilen der Regierungsgebäude.

**Beispiel Frankreich:** Hier bekam es die Regierung mit der Angst zu tun, als 150 000 Schüler im ganzen Land gegen die sogenannte Bildungsreform auf-

standen und erneut Jugendliche in den Vorstädten rebellierten, weil sie von Anfang an zu einem Leben am Rand der Gesellschaft verdammt sein sollen. Die Bildungsreform ist jetzt erst mal vom Tisch.

**Auch bei uns sagt die Jugend:** »Es reicht.« Bundesweit sind Zehntausende Schüler in den Streik getreten. Tausend junge Menschen haben die Berliner Humboldt-Uni gestürmt, um für mehr Bildungsgerechtigkeit und gegen überfüllte Klassen zu demonstrieren.

Ob Schüler, Studierende oder Auszubildende, ob Leiharbeiter, Praktikanten oder Hartz-IV-Empfänger: Mit der Mobilisierungskampagne »Operation Übernahme« ist die IG-Metall-Jugend Teil dieses Prozesses, denn auch hier »geht es um unser Recht auf Perspektiven, auf berufliche Sicherheit und auf eine lebenswerte Zukunft«.

Aus einem Positionspapier der Gewerkschaftsjugend

## Zehn Punkte

**1. Gleiche Chancen:** Auf jeder Stufe des Bildungswesens muß es Rechtsansprüche geben – bis hin zum Recht auf Aus- und Weiterbildung.

**2. Zukunftsinvestition:** Bildung ist Investition in eine zukunftsfähige Gesellschaft und Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge. Deshalb fordern wir die Abschaffung aller Bildungsgebühren.

**3. Ganztagsangebote ausbauen:** Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf, Spielraum für individuelle Angebote an Kinder und Jugendliche; Fortsetzung des Ganztagschulprogramms und Schaffung von 40 000 neuen Stellen für die Schulsozialarbeit.

**4. Qualität in der Kinderbetreuung:** Bund und Länder sind aufgefordert, einheitliche Standards für die Aus- und Weiterbildung der Erzieher/-innen zu setzen. Ein Rechtsanspruch auf ganztägige Kinderbetreuung ist überfällig.

**5. Fördern, statt selektieren:** Das auf Auslese zugeschnittene Schulsystem muß überwunden werden. Schüler/-innen sollten bis zum Ende der 10. Klasse gemeinsam lernen.

**6. Grundrecht auf Ausbildung:** Das System der dualen Berufsausbildung wird gern als das erfolgreichste überhaupt dargestellt. Dafür muß das Grundrecht aus Ausbildung garantiert werden.

**7. Hochschulen öffnen:** Die Gewerkschaftsjugend begrüßt den Aufbau eines Europäischen Hochschulraums. Qualität geht vor Tempo.

**8. Weiterbildung solide finanzieren:** Dazu gehören Recht auf Weiterbildung, rechtlich garantierte Lernzeiten, die Einführung eines Erwachsenen-BAföG sowie eine bessere Qualitätssicherung und Zertifizierung. Garantiert durch ein Bundesgesetz für Weiterbildung.

**9. Generationswechsel ermöglichen:** Durch bessere Bezahlung der Erzieher/-innen, Reduzierung der Pflichtstunden für Lehrkräfte, kleinere Klassen und Verpflichtung zur Weiterbildung.

**10. In Bildung investieren:** Ausgaben für Bildung und Wissenschaft müssen auf zehn Prozent des BIP steigen. Ohne den Aufwand für Bauinvestitionen sind jährlich mindestens 30 Milliarden Euro zusätzlich nötig.

Mit 214 000 Mitgliedern ist die IG-Metall-Jugend die größte politische Jugendorganisation in Deutschland.

♦ [www.operation-uebernahme.de](http://www.operation-uebernahme.de)



## Du hast Stress im Job? Ärger mit dem Chef?

Students at Work ist das Beratungsangebot des Deutschen Gewerkschaftsbundes für erwerbstätige Studierende. Wir informieren Dich individuell und persönlich, wenn Du Probleme im Job oder Fragen zu Deinem Beschäftigungsverhältnis hast.

Sei es der Arbeitsvertrag, Anspruch auf Urlaub und Pausen während der Arbeit, Kündigung oder für Dich geltende Tarifbestimmungen. Wir helfen Dir schnell und kompetent weiter.

Weitere Infos bekommst Du unter [www.studentsatwork.org](http://www.studentsatwork.org)



Natürlich mit Unterstützung der IG Metall-Jugend Berlin-Brandenburg-Sachsen

[www.jugend.igmetall.de](http://www.jugend.igmetall.de)



ANZEIGE

# Ist bessere Bildung wählbar?

Alle Politiker reden über bessere Bildung, tun oft aber wenig dafür. Ein Vergleich der Wahlprogramme von SPD, Die Linke und Grünen – Was haben diese Parteien tatsächlich umgesetzt. **Von Hans Krause**

## PROGRAMM & REALITÄT BEI DER SPD

### Studiengebühren

**Programm:** »Wir stehen für ein gebührenfreies Erststudium bis zum Master.«  
**Realität:** In Rheinland-Pfalz, dem Bundesland, das die SPD allein regiert, gibt es Studiengebühren für alle, die die Regelstudienzeit um das 1,75-fache überschreiten. Höhe: 650 Euro pro Semester.

### Zugang zum Master-Studiengang

**Programm:** Fehlanzeige  
**Realität:** Die Kultusministerkonferenz der Länder, zu der mehrere SPD-Minister gehören, hält fest: »Das Studium im Master-Studiengang soll von besonderen Zugangsvoraussetzungen abhängig gemacht werden.« Unter der SPD-Grünen-Bundesregierung wurde das Bachelor-Master-System eingeführt.

### Woher soll mehr Geld für Bildung kommen?

**Programm:** Erhöhung des Spitzensteuersatzes auf 47 Prozent.  
**Realität:** Die SPD-Grüne-Regierung hat den Spitzensteuersatz zwischen 2000 und 2005 von 53 auf 42 Prozent gesenkt.

### Exzellenzinitiative

**Programm:** »Exzellenzinitiative fortsetzen. Sie ist ein Erfolgsprojekt.«  
**Realität:** Die SPD-Grüne-Bundesregierung hat die Exzellenzinitiative mit ins Leben gerufen. Die SPD hat sich für ihre Fortsetzung stark gemacht.

## PROGRAMM & REALITÄT BEI BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

### Studiengebühren

**Programm:** »Wer Grün wählt, stimmt gegen Studiengebühren.«  
**Realität:** Die Grünen haben gemeinsam mit der CDU in Hamburg Studiengebühren von 375 Euro pro Semester eingeführt.

### Zugang zum Master-Studiengang

**Programm:** »Eine Verknappung des Angebots durch starre Übergangsquoten oder hohe Extragebühren vom Bachelor zum Master lehnen wir ab.«  
**Realität:** Mit Unterstützung der SPD-Grünen-Bundesregierung wurde das Bachelor-Master-System ab 1999 eingeführt. Die Mittel des Landes für die Master-Studiengänge der Universität Hamburg reichen für etwa 70 Prozent

der Studierenden. Der Rest muß nach dem Bachelor abbrechen.

### Woher soll mehr Geld für Bildung kommen?

**Programm:** Anhebung des Spitzensteuersatzes auf 45 Prozent.  
**Realität:** Die SPD-Grüne-Regierung hat den Spitzensteuersatz zwischen 2000 und 2005 von 53 auf 42 Prozent gesenkt.

### Exzellenzinitiative

**Programm:** keine Angaben.  
**Realität:** Unter grüner Beteiligung an der Bundesregierung wurde die Exzellenzinitiative ins Leben gerufen.

## PROGRAMM & REALITÄT BEI DER LINKSPARTEI

### Studiengebühren

**Programm:** »Die Linke fordert: Studiengebühren abschaffen.«  
**Realität:** In keinem Bundesland mit Linke-Regierungsbeteiligung gibt es Studiengebühren.

### Zugang zum Master-Studiengang

**Programm:** »Die Linke fordert: Master als Regelstudienabschluß verankern

und Zugangsbeschränkungen beim Übergang vom Bachelor zum Master ausschließen.«

**Realität:** Die Berliner Landesregierung hat mit den Universitäten eine Übergangsquote von 70 Prozent vereinbart. Die Linke Berlin sagt nichts dazu.

### Woher soll mehr Geld für Bildung kommen?

**Programm:** Kapitalerträge genauso besteuern wie Einkommen aus Arbeit. Spitzensteuersatz auf 53 Prozent anheben. Vermögenssteuer von fünf Prozent für Vermögen über eine Million Euro.  
**Realität:** Die Linke war noch nie an der Bundesregierung beteiligt.

### Exzellenzinitiative

**Programm:** keine Angaben.  
**Zitat:** »Die Linke hält die Exzellenzinitiative für den falschen Weg, die Situation an den Hochschulen zu verbessern. Wir fordern statt dessen mehr und besser ausgestattete Studienplätze für alle.« Nele Hirsch, Bildungspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag.



Ob Studiengebühren oder Exzellenzinitiative – die Positionen von Die Linke decken sich am stärksten mit den Forderungen, die während des Bildungsstreiks aufgestellt werden. Insbesondere fordert Die Linke einen grundlegenden Wechsel in der Steuer- und Finanzpolitik, der Voraussetzung dafür ist, daß die Forderung nach mehr Geld für Bildung keine leere Phrase bleibt. Es wirkt unglaubwürdig, wenn sich SPD und Grüne für eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes aussprechen, nachdem sie diesen während ihrer Regierungszeit zwischen 2000 und 2005 von 53 auf 42 Prozent gesenkt haben – und damit die leeren Kassen zu verantworten haben, die dann als Rechtfertigung für alle Verschlechterungen im Bildungssystem herhalten mußten.

Ein Blick nach Berlin, wo Die Linkspartei an der Regierung beteiligt ist, zeigt aber, daß einzelne Landesregierungen nur begrenzt linke Politik durch-

Kommentar ♦ Von Hans Krause

## Parlamente brauchen Druck von außen

setzen können, wenn nicht bundesweit durch eine andere Steuerpolitik eine grundlegende Umverteilung stattfindet. Wenn bessere und freie Bildung kein leeres Versprechen bleiben soll, wird es Zeit, daß die Profiteure zur Kasse gebeten werden.

Ob sich linke Bildungspolitik im Parlament durchsetzt, hängt zudem entscheidend davon ab, was außerhalb des Parlaments passiert. Die Proteste gegen Studiengebühren in Hessen 2006 machen die Bedeutung studentischen Protestes gemeinsam mit anderen Akteu-

ren wie Gewerkschaften deutlich. Dort konnte die Studierendenbewegung ausreichend Druck erzeugen, daß die Studiengebühren 2008 von SPD, Grünen und Linkspartei wieder abgeschafft wurden.

Selbst SPD und Grüne, die in anderen Ländern Studiengebühren oder Studienkonten mittragen, haben die Landtagswahl in Hessen zu einer Abstimmung über Studiengebühren gemacht. Obwohl Hessen seit Februar wieder von CDU und FDP regiert wird, hat die Landes-

regierung so viel Angst vor einer neuen Studierendenbewegung, daß sie keine Studiengebühren einführt. Roland Koch wird als erster CDU-Ministerpräsident in die Geschichte eingehen, der trotz Koalition mit der FDP keine Studiengebühren durchsetzen kann.

In ihren Programmen für die Bundestagswahl fordern alle Parteien bessere Bildung – was nach der Wahl passiert, steht auf einem anderen Blatt. CDU und SPD haben gerade die Schuldenbremse in die Verfassung schreiben lassen. Das bedeutet, daß die Milliarden spritzen für die Banken nach der Wahl durch Kürzungen in anderen Bereichen wieder eingeholt werden müssen. Mehr Geld für Bildung wird es ohne massiven Druck nicht geben. Im Gegenteil: Es drohen Kürzungen. Der Bildungsstreik darf also nur der Anfang sein, um nach der Wahl richtig Druck zu machen.

Hans Krause ist aktiv in der Hochschulgruppe des Studierendenverbands Die Linke.SDS an der Humboldt-Universität zu Berlin

Diese Finanzkrise ist eine Systemkrise und kein Ausrutscher eines ansonsten funktionierenden Wirtschaftssystems. Es gibt nichts Sichereres als organisierte Solidarität.

www.verdi.de



ANZEIGEN

**WIR SIND SCHULD!**

Sonderurlaub  
 6 Wochen Lohnfortzahlung  
 38-Stunden-Woche  
**Übernahme** Tarifverträge  
 30 Tage Urlaub **nach der Ausbildung**  
 Ergebnisbeteiligungen

MITSCHULDIG?  
**MITGLIED WERDEN!**  
 www.igmetall-bbs.de/jugend

Jugend!

Wir sind die Lösung!

# Und raus bist du

Migrantenkinder leiden besonders unter der frühen Selektion im deutschen Schulsystem. **Von Oktay Demirel**

**K**inder und Jugendliche mit Migrationshintergrund, deren Eltern in der Regel ungelernete Arbeiter sind, bleiben im bundesdeutschen Bildungssystem besonders häufig auf der Strecke. 18 Prozent der Kinder aus Migrantenfamilien brechen die Schule vorzeitig ab, nur 23 Prozent von ihnen absolvieren eine Berufsausbildung (gleichaltrige Deutsche: 57 Prozent). Zudem haben rund 40 Prozent der Migranten keinen Berufsabschluß, bei Migranten aus der Türkei sind es 72 Prozent (Deutsche: zwölf Prozent). Das Risiko der Arbeitslosigkeit ist bei Migranten fast doppelt so hoch wie bei Deutschen. Mit der Behauptung, Migrantenkinder würden das Unterrichtsniveau senken, werden die Opfer zum eigentlichen Problem gemacht. Die deutsche Bildungspolitik stellt sich ihrer Verantwortung nicht.

Bei diesem »Problem« ist die soziale Herkunft der entscheidende Faktor. Kindern mittlerer und höherer Schichten

stehen alle Wege zu einer guten Bildung offen, während die Mehrzahl der Kinder aus den unteren Schichten auf der Strecke bleibt. Über 60 Prozent der Hauptschüler kommt aus »sozial schwachen« Familien. Auf Gymnasien sind es 16 Prozent. Nur 13 Prozent der Studierenden kommen aus Arbeiterfamilien. Eine der Ursachen ist sicherlich, daß Kinder aus sozial schwachen Familien mehr leisten müssen, um die gleichen schulischen Erfolge zu verbuchen. Bei gleichen Fähigkeiten und gleicher Leseleistung haben Kinder aus der Oberschicht eine mehr als zweieinhalbmal so große Chance, von ihren Lehrern die Empfehlung für das Gymnasium zu bekommen, wie Kinder von Facharbeitern oder leitenden Angestellten, so die Ergebnisse einer internationalen Grundschul-Lese-Untersuchung (IGLU).

Religiöse oder nationalistische Kräfte übersehen bewußt die sozialen und ökonomischen Probleme der Migrantenkin-

der in Schulen und Universitäten. Davon losgelöst fordern sie »Unterricht in der Muttersprache«, was den Kindern wenig nutzt, vielleicht sogar von Nachteil ist. Abgesehen davon, wie die Muttersprache eines Kindes mit Migrationshintergrund in Deutschland definiert wird, kann sich die Mehrzahl dieser Kinder auf Deutsch besser ausdrücken, als in der Sprache der Eltern. Das eigentliche Problem – das selektive Bildungssystem – wird somit ausgeklammert. Mit dem Erlernen der »Muttersprache« wäre die soziale Selektion nicht beseitigt.

Verschiedene religiöse Einrichtungen diskutieren permanent die »religiöse Erziehung« in den Schulen. Auch damit wird das grundlegende Problem des deutschen Bildungssystems verschleiert.

Abschaffung der Lernmittelfreiheit,



Einführung von Büchergeld, Arbeitszeitverlängerung für Lehrer, Erhöhung der Klassengrößen auf über 30 Schüler, Kürzung der Ausgaben zur Renovierung und Erneuerung von Schulgebäuden und deren Ausstattung, Turbo-Abitur in zwölf Jahren ohne Anpassung des Lernstoffes, Einschränkung der Wahlmöglichkeiten im Abitur sowie die Einführung von zentralen Prüfungen – all das torpediert, zusätzlich zum selektiven Schulsystem, das Recht auf Bildung. Hier muß angesetzt werden, um Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund eine bessere Zukunft zu ermöglichen.

Der Autor ist Vorstandsmitglied der Föderation der Demokratischen Arbeitervereine (DIDF)

## Aus »engagierten Schülern« wurden »linke Krawallmacher«

Schulstreiks in Berlin – und die Wahrnehmung der Medien. **Von Arian Wendel**

**A**n die 8000 Schüler versammelten sich am 22. Mai 2008 am Berliner Potsdamer Platz, um gegen die dramatische Schiefelage im Bildungssystem zu protestieren. Zentrale Forderungen waren die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems, die Wiedereinführung der Lernmittelfreiheit sowie kleinere Klassen. Vor der Senatsverwaltung für Bildung gab es Ärger mit der Polizei: Flaschen flogen, eine Rauchbombe explodierte und ein parkender PKW wurde beschädigt. Es gab vier Festnahmen und mehrere Verletzte.

Trotz der Scharmützel fanden die Proteste in bürgerlichen Medien ein positives Echo. Die RBB-Abendschau sah »das Vorurteil, daß Berlins Schüler sich nicht für Politik interessieren, lautstark widerlegt«. Der konservative *Tagesspiegel* schlug

sich ebenfalls auf die Seite der Schüler und orakelte: »Wenn die Politik ihre Hausaufgaben nicht macht, wird Berlin wohl häufiger Schulschwänzer auf der Straße erleben.« Zu dieser Zeit diskutierten verschiedene Kapitalfraktionen und die angeschlossenen Medien über eine Modernisierung des Bildungssystem, angetrieben von der Sorge um die internationale Konkurrenzfähigkeit deutscher Arbeitskräfte. Viele Schulabgänger seien schlichtweg »ungeeignet« für die vielen offenen Arbeitsstellen, kritisierte zum Beispiel die Industrie- und Handelskammer (IHK). Obwohl die Schülerproteste völlig andere Ziele verfolgten, boten sie eine gute Projektionsfläche für diesen

von der deutschen Wirtschaft bestimmten Diskurs.

Ein paar Monate später hatte sich das gesellschaftliche Klima geändert. Statt sich über die Verwertbarkeit deutscher Schulabgänger auf dem internationalen Weltmarkt den Kopf zu zerbrechen, ging es den Meinungsmachern der Republik jetzt um Wichtigeres. Es galt, das Bankensystem und die Wirtschaft vor der Krise zu retten.

Am 12. November 2008 gab es wieder eine Schulstreikdemo – bis zu 10 000 Jugendliche zogen durch die Berliner Innenstadt. Die Forderungen waren dieselben wie im Mai 2008. Was sich geändert hatte, war ihre Wahrnehmung in den bür-

gerlichen Medien. Aus »politisch engagierten Schülern« wurden plötzlich »Chaoten, Punks und linksextremistische Krawallmacher«. Einige tausend Teilnehmer besetzten im Verlauf der Demo spontan das Hauptgebäude der Humboldt-Universität (HU). Im Getümmel wurde eine Ausstellung über jüdische Unternehmen während der Nazizeit beschädigt. Noch während der Demonstration verurteilte und bedauerte das Schülerbündnis den Vorfall. Doch vergebens – die Abschlussskundgebung des Schulstreiks wurde von der Berliner Polizei auseinandergeprügelt. Am nächsten Morgen folgten die Prügel der Presse.

Quer durch fast alle Medien wurde von einem wildgewordenen Mob berichtet, der die Humboldt-Universität »verwüstete«. Ein Mitarbeiter der Uni sprach von den »größten Angriffen gegen die freien Wissenschaften seit der Nazizeit«. Politiker fast aller Parteien zeigten sich »entsetzt«. Der Innensenator gelobte Aufklärung, und die Staatsanwaltschaft nahm Ermittlungen auf.

ANZEIGEN



### Aufklärung

gegen  
Volksverdummung,  
Zerstörung der Vernunft  
und gegen die imperialistische Militarisierung  
der internationalen Beziehungen

FREIDENKER  
(Verbandsjournal)

unsere Schwerpunktthemen:

Dezember 2008 – 90 Jahre Novemberrevolution  
März 2009 – Internationales Darwin-Jahr

Kommendes Heft – „Aufklärung“ heute

Werde Abonnent des FREIDENKER  
Werde Mitglied im Deutschen Freidenker-Verband

Vorstand: Schillstraße 7, 63067 Offenbach  
E-Mail: vorstand@freidenker.de

Freidenker  
Deutscher Freidenker-Verband

**FEST DER SOLIDARITÄT**  
**19.–21. Juni 2009**  
**Dortmund Revierpark Wischlingen**



Konstantin  
Wecker  
kommt  
am  
19. Juni  
20.00 Uhr

Das größte Fest der  
Linken in Deutschland

Das akademische Jahr 2006/2007 in Griechenland war außergewöhnlich erfolgreich für eine Bewegung, der es gelungen war, die Änderung der griechischen Verfassung zu stoppen. Außergewöhnlich unerfreulich hingegen für die konservative Regierungspartei Nea Demokratia und ihr sozialdemokratisches Pendant PASOK. Diese hatten zuvor angekündigt, die von ihnen verschuldete Krise der Hochschulen zu meistern – dazu müßten sie die Gründung privater Universitäten ermöglichen.

Artikel 16 der Verfassung, der genau das ausschließt, wurde kurzerhand zum Relikt vergangener Zeiten erklärt. Seine Änderung sei notwendig, um die Universitäten leistungs- und international konkurrenzfähig zu machen.

Daß die Mehrheit für die Verfassungsänderung nicht zustande kam, ist dem Durchhaltevermögen der vielfältigen, basisdemokratischen Bewegung für Artikel 16 zu verdanken. Sie organisierte wöchentlich Massenkundgebungen mit Zehntausenden Teilnehmern, Streiks der Hochschullehrer und Studierenden, die Besetzung von Universitäten sowie Informationsveranstaltungen.

Wie die Wut einer ganzen Generation, die sich im Dezember 2008 auf den Straßen Griechenlands entlud, zeigten auch die Proteste gegen die Verfassungsänderung die Notwendigkeit, die katastrophalen Zustände im Bildungssystem zu beenden. Die Lösung muß am Verfassungsideal eines kostenfreien Bildungssystems orientiert sein, das kritisches und freies Denken fördert, statt Marktmechanismen zu folgen, die Wissen zur Ware machen.

### Schüler zweiter Klasse

Der Klassencharakter des chronisch unterfinanzierten öffentlichen Bildungswesens in Griechenland ist bereits für Schüler zu spüren: Weil das Niveau der Prüfungen zum Erhalt der Hochschulzugangsberechtigung weit über dem liegt, was in öffentlichen Schulen unterrichtet wird, haben gebührenpflichtige Nachhilfeeinstitute die Vermittlung der Lehrin-

# Eine andere Demokratie

Verfassungsänderung in Griechenland durch Bildungsproteste gestoppt. **Von Haris Triandafilidou**



halte übernommen. Während der Boom der Nachhilfeschoolen in Deutschland ein Phänomen der letzten Jahre ist, sind sie in Griechenland seit Jahrzehnten Realität.

Allein in den letzten beiden Schuljahren zahlen griechische Familien im Durchschnitt 7250 Euro an Nachhilfeein-

stitute, die ihren Kindern das Wissen verkaufen, das verlangt wird. Können die Eltern derartige Summen nicht aufbringen, ist ihr Kind zum Scheitern verurteilt.

Zusätzlich zum regulären Unterricht verbringen griechische Schülerinnen und Schüler bis zu fünf Stunden täglich

in Nachhilfeschoolen und müssen bis in die Nacht lernen. Leistungsdruck und Mangel an Sozialkontakten prägt ihren Alltag.

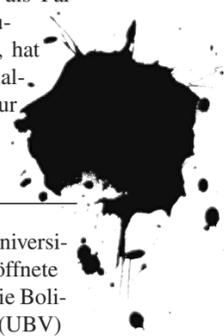
Wenn – wie in Griechenland – soziale Sicherungssysteme nicht vorhanden sind, und die Teuerungsrate deutlich über, die Löhne aber deutlich unter dem europäischen Durchschnitt liegt, ist die Chance auf einen Hochschulabschluß von existentieller Bedeutung. So hätte die Zulassung privater Hochschulen schwerwiegende Folgen. Die Errichtung privater Hochschulen und die Anerkennung der von ihnen ausgestellten Diplome als gleichwertig wäre das Ende der staatlichen Universitäten. Statt umfassender Lehrangebote, freier oder gar kritischer Wissenschaft und Forschung müßten diese sich bei Strafe des Untergangs dem Markt unterwerfen.

### Rücken an der Wand

Auch das neue Hochschulrahmengesetz leistet seinen Beitrag zur Entpolitisierung und Ökonomisierung der Hochschulen, indem es Mitbestimmung abschafft, die Regelstudienzeit verkürzt, deren Überschreitung durch Exmatrikulation bestraft und die staatliche Finanzierung daran knüpft, ob Lehrpersonal und -inhalte den Vorstellungen des Bildungsministeriums entsprechen.

In diesem von Existenzangst, Leistungsdruck und Individualismus geprägten Klima ist der Stopp der Verfassungsänderung ein Erfolg. In Vollversammlungen und gewählten Koordinationsgremien wurde gestritten, ausgehandelt und beschlossen. Eine andere Demokratie wurde gelebt und eingefordert. Die politische Elite des Landes mußten angesichts einer auch durch Massenverhaftungen, Polizeieexzesse und Diffamierungskampagnen nicht zu stoppenden Menschenmenge erkennen, daß sie nicht unabhängig von der Bevölkerung handeln kann.

Eine Bewegung, die sowohl als Parlamentsopposition als auch außerparlamentarisch präsent war, hat die neoliberale griechische Sozialdemokratie mit dem Rücken zur Wand gestellt.



### Bildungsoffensive in Venezuela ♦ Von André Scheer

## So geht es auch!

sie für ihre Familien sorgen mußten. Ähnlich wie hierzulande nahmen die Hochschulen keine Rücksicht auf Studierende, die nebenher arbeiten mußten. Studiengebühren taten ein übriges, damit Kinder der Ober- und oberen Mittelschicht unter sich blieben.

Das änderte sich drastisch, als Hugo Chávez 1998 Präsident wurde und Bildung für alle zum Leitmotiv seiner Regierung machte. Die im Dezember 1999 per Volksentscheid beschlossene Verfas-

sung Venezuelas legt fest, daß »Bildung und Ausbildung (...) ein Menschenrecht und eine grundlegende Pflicht der Gesellschaft« sind, die »demokratisch und kostenlos« zu gestalten seien. Ausdrücklich wird festgelegt, daß auch der Besuch der Universität bis zum ersten Abschluß kostenlos sein muß.

Während die traditionellen Universitäten sich sträubten – und bis heute sträuben – durch eine Reform Hindernisse zu beseitigen, wurden auf Initiative der

Regierung seit 1999 fünf neue Universitäten gegründet. Die wichtigste öffnete im September 2003 ihre Tore: Die Bolivarische Universität Venezuelas (UBV) berücksichtigt in ihrer Stundenplanung und Organisation besonders arbeitende Studentinnen und Studenten.

In den wenigsten Hochschulen haben die Studierenden marmorgetäfelte Toiletten mit vergoldeten Wasserhähnen – so aber im Zentralgebäude der UBV in Caracas. Bis Anfang 2003 hat dort das Management des staatlichen Ölkonzerns PDVSA residiert. Ende 2002 hatte es zum Sturz der Regierung aufgerufen und war in einen von den Gerichten für illegal erklärten Streik getreten. So wurde es arbeitsrechtlich möglich, den Wasserkopf an der Konzernspitze zu verkleinern und Tausende hochbezahlter Angestellter zu entlassen. Die verbliebene Führung des Konzerns zog mit dem Energieministerium zusammen, so wurde das Konzerngebäude frei.

Viele Studierende der Bolivarischen Uni werden durch die »Mision Sucre« unterstützt, eines der Bildungsprogramme, die alle Phasen der Vorschul-, Schul- und Hochschul-Laufbahn abdecken. Mit Erfolg, denn heute ist die Zahl der Studierenden in Venezuela auf über 2,1 Millionen gestiegen, fast 80 Prozent besuchen öffentliche Unis. Mit 83 Studierenden auf 1000 Einwohner liegt Venezuela nach UNESCO-Angaben deutlich über dem nordamerikanischen und europäischen Durchschnitt und gleichauf mit Norwegen, Dänemark und Neuseeland.

Eine halbe Million Studierende zählte Venezuela 1990. Nur langsam stieg die Zahl der Jugendlichen, die sich an öffentlichen oder privaten Hochschulen einschrieben, auf bis zu 670 000 im Jahr 1998 an. Private Universitäten, die von einem Drittel der Studierenden besucht wurden, spielten eine immer wichtigere Rolle. Das war im Sinne der Regierenden, die den Rotstift ansetzten und den Weg für eine verstärkte Privatisierung des Bildungswesens freigaben.

Leidtragende waren vor allem Jugendliche aus den armen Schichten, die damals rund 80 Prozent der Bevölkerung ausmachten. Tausende konnten Schulen und Universitäten nicht besuchen, weil

## Bildung für alle statt sozialer Auslese

DIE LINKE tritt für das Recht auf gebührenfreie und gute Bildung für alle Kinder und Jugendlichen ein – unabhängig vom Geldbeutel und vom Bildungsstand der Eltern. **Bildung ist keine Ware, sondern ein Menschenrecht.** Um die Bildungsmisere zu beheben, muss das Bildungssystem in Deutschland grundlegend reformiert werden.



Weitere Informationen über unsere Forderungen und Anträge unter: [www.linksfraktion.de](http://www.linksfraktion.de)

V. S. & P. Ulrich Meyer

# »Kein reiner Studentenkongreß«

Wie weiter nach dem Bildungstreik? – Darum geht es beim Kongreß »Make Capitalism History« vom Studierendenverband Die Linke.SDS. Ein Gespräch mit Ole Vincent Guinand

## Make Capitalism History – Kongreßinfo

**Ort & Datum:**  
Freie Universität Berlin,  
2.–4. Oktober 2009

**Teilnahmebeitrag:** für Studierende/SchülerInnen/Azubis: 10 Euro; für Erwerbslose: 10 Euro; für ArbeitnehmerInnen: 20 Euro; das Soli-Ticket für Gutverdienende und alle, die den Kongreß unterstützen wollen, kostet 40 Euro. Enthalten sind alle Kongreßveranstaltungen, das Kulturprogramm am Kongreßort und außerhalb, politische Inspiration, Schlafplätze und Kinderbetreuung.

**Anfahrt:** Es werden Busse aus den einzelnen Bundesländern organisiert, mit denen kostengünstig zum Kongreß hin- und zurückgefahren werden kann.

**Info & Anmeldung:**  
[www.make-capitalism-history.de](http://www.make-capitalism-history.de)

**N**ach dem jetzigen Bildungstreik wollt ihr die Teilnehmer und Unterstützer im Herbst zu einem »Make-Capitalism-History-Kongreß« einladen. Warum sollten sie dort hinkommen?

Erstens, um zu diskutieren, wie es nach dem Bildungstreik weitergehen kann. Die Bundesregierung pumpt Milliarden Euro in Banken und schreibt gleichzeitig die Schuldenbremse in der Verfassung fest. Das kann nur funktionieren wenn in anderen Bereichen drastisch gekürzt wird – auch bei den Universitäten und Schulen. Nach den Wahlen wird es massive gesellschaftliche Auseinandersetzungen geben, wer für die Krise zahlen soll. Darauf müssen wir uns vorbereiten. Mit dem Kongreß wollen wir nicht nur die Ursachen und Folgen der Krise analysieren, sondern uns auch über Strategien für die außerparlamentarische Bewegung verständigen.

**Von einigen Ausnahmen abgesehen ist von außerparlamentarischen Protesten in Deutschland bislang wenig zu merken gewesen.**

Das ist in der Tat paradox. Anders als früher sind heute alle von der Krise betroffen – auch Ingenieure in Metallbetrieben, die bislang glaubten, Krisen finden nur in Asien statt. Dennoch passiert fast nichts. Bei dem Kongreß geht es um die Gründe dafür – und wie wir das ändern können.



Ole Vincent Guinand studiert Politikwissenschaft an der Freien Universität Berlin, ist im Sozialistisch-Demokratischen Studierendenverband Die Linke.SDS aktiv und bereitet den Kongreß mit vor

**Wo könnten denn Ansätze sein, um in die Offensive zu gelangen?**

Wir wollen etwa diskutieren, wie ziviler Ungehorsam Protestbewegungen bereichern kann und internationale Erfahrungen berücksichtigen. Dazu wird es ein Podium »Bildungstreik international« mit Gästen aus Italien, Griechenland, Frankreich und Venezuela geben. In Italien und Griechenland ist es Studierenden gelungen, mehrere Semester lang die Unis lahmzulegen und gesellschaftlich breitere Kreise zu erreichen. Dadurch hatten sie Erfolg. Deshalb soll es auch kein reiner Studentenkongreß werden.

**Kommen dann nicht die Auseinandersetzungen an den Unis zu kurz?**

Im Gegenteil: Die Abschaffung der Studiengebühren in Hessen hat gezeigt, wie

wichtig und wirksam die Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und breiten Teilen der Bevölkerung war. Wenn wir Studis wirkliche Veränderungen im Bildungssystem erreichen wollen, müssen wir raus aus dem Elfenbeinturm Hochschule. Auf dem Kongreß wollen wir deshalb gemeinsam mit Aktiven aus den Gewerkschaften, der globalisierungskritischen Bewegung und den Krisenprotesten weitere Aktionen diskutieren und organisieren. Das Besondere an diesem Kongreß wird also gerade diese Mischung sein!

**Die gegenwärtige Krise des Kapitalismus ist die inhaltliche Klammer des Kongresses. Wurde das Thema nicht schon zur Genüge beleuchtet?**

Es gibt immer noch große Unklarheit, wie tief die Krise wirklich ist. Auf dem Kongreß werden wir den US-Ökonomen Robert Brenner zu Gast haben – einer der wenigen, die die Krise vorhergesagt haben. Er vertritt die These, daß die tiefste Krise des Kapitalismus seit 1929 Ausdruck eines langen Abschwungs seit den 70er Jahren ist und daher anhalten wird. Ursachen und Dauer der Krise zu klären ist für die Linke essentiell. Es ist zwar

kaum noch umstritten, daß der Neoliberalismus gescheitert ist. Aber die Frage ist doch, welche Alternativen hat die Linke zu bieten? Das steht im Zentrum des Kongresses.

**Welche Alternativen habt ihr da vor Augen? – Könnte ein »Green New Deal«, wie ihn Teile von ATTAC oder auch die Grünen diskutieren, ein Ausweg sein?**

Ich fürchte, daß ein »Green New Deal« zu kurz greifen wird, weil er den Gesetzen des Wettbewerbs und des Marktes verhaftet bleibt. Wenn die Konkurrenz um Profite im Zentrum steht, werden Mensch und Natur als »Kostenfaktoren« darunter leiden. Der Kongreß-Titel »Make Capitalism History« verrät ja schon, daß der Kapitalismus für uns nicht das Ende der Geschichte sein kann. Deshalb wollen wir auch grundsätzliche Alternativen diskutieren wie Demokratie von unten durch Räteökonomie oder eine demokratische Planung der Wirtschaft. Das heißt auch, die Eigentums- und Enteignungsfrage zu stellen. Warum Demokratie an den Betriebstoren aufhören soll, ist mir ein Rätsel.

**Im Internet-Trailer für den Kongreß heißt es, die beste Antwort auf die Krise sei, aktiv zu werden und sich zu organisieren. Ist der Kongreß nicht vor allem eine massive PR-Aktion für den Studierendenverband Die Linke.SDS, der ihn ausrichtet?**

Organisation ist für uns kein Selbstzweck. In Protesten wie dem Bildungstreik werden Zehn-, wenn nicht Hunderttausende aktiv, beteiligen sich an Demonstrationen und organisieren Aktionen. Die Frage ist doch, was passiert, wenn die Aktionswoche vorbei ist. Proteste wie der Bildungstreik werden seit einem Jahr vorbereitet. Als Die Linke.SDS möchten wir mithelfen, den organisatorischen Kern zu stärken, der solche Proteste auf die Beine stellt. Wenn die linke Bewegung erfolgreich sein will, müssen wir die Organisationsfrage offen diskutieren. Nur wenn es uns gelingt, die linke Organisation zu stärken, werden wir das Kräfteverhältnis grundsätzlich verschieben können, und den Druck entfalten, um tatsächliche Veränderungen durchzusetzen. Ich hoffe, daß es uns mit dem Kongreß gelingt, dazu einen Beitrag zu leisten. **Interview: Thomas Ludwig**



**Ja, ich will die Tageszeitung junge Welt drei Wochen unverbindlich testen. Das Testabo endet automatisch.**

Frau  Herr

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Straße/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

**Ich habe das Probeabo empfohlen:**

Frau  Herr

Name/Vorname \_\_\_\_\_

Straße/Nr. \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Telefon \_\_\_\_\_

E-Mail \_\_\_\_\_

Datum/Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte beachten Sie beim Testabo, daß eine optimale Bearbeitung nur möglich ist, wenn Ihre Telefonnummer (und gegebenenfalls auch Ihre E-Mail-Adresse) angegeben ist. Wir garantieren, daß die Daten ausschließlich zur Kundenbetreuung genutzt werden.

Belieferung soll ab Montag, den \_\_\_\_\_ beginnen.  
Coupon einsenden an Verlag 8. Mai GmbH, Torstraße 6,  
10119 Berlin, oder faxen an die 0 30/53 63 55 44

**Im Internet:**  
[www.jungewelt.de](http://www.jungewelt.de)

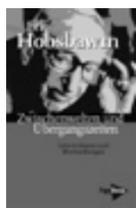
**PapyRossa Verlag** | Luxemburger Str. 202 | 50937 Köln



**Hans-Peter Waldrich: Der Markt, der Mensch, die Schule – Selektionsmaschine oder demokratische Lerninstitution?**

So wie sie sind, schaffen Schulen Ungleichheit und betreiben Auslese. Sie behindern das Lernen eher, als daß sie es fördern. Die Systemmängel werden durch Sparmaßnahmen noch verschärft. Hans-Peter Waldrich macht deutlich, wie eine demokratische Reform des Schulsystems beschaffen sein müßte.

174 Seiten; Euro 13,90



**Eric Hobsbawm: Zwischenwelten und Übergangszeiten – Interventionen und Wortmeldungen**

Als Historiker und politisch engagierter Zeitgenosse nimmt Eric Hobsbawm Stellung zu den gesellschaftlichen Umbrüchen der Gegenwart. Sein Blick gilt dem Realsozialismus und der aktuellen weltpolitischen Lage, er diskutiert die Krise des Kapitalismus und fragt nach den Perspektiven.

Hardcover; 240 Seiten; Euro 18,00



**Wolfgang Gehrcke / Jutta von Freyberg / Harri Grünberg: Die deutsche Linke, der Zionismus und der Nahost-Konflikt**

Eine überfällige Debatte zum Thema Zionismus und Antisemitismus, zu Imperialismus und Kolonialismus, über linke Kritik an der israelischen Politik, das Existenzrecht für Israel wie für Palästina und friedliche Perspektiven für den ganzen Nahen Osten.

270 Seiten; Euro 16,90

0221 / 44 85 45 | [www.papyrossa.de](http://www.papyrossa.de) | [mail@papyrossa.de](mailto:mail@papyrossa.de)

**Eröffnungsveranstaltung der neuen Reihe »Politik Aktuell«**

25. Juni, Donnerstag, 18 Uhr (Einlass um 17.30 Uhr)  
Jüdisches Museum Berlin, Auditorium, Lindenstr. 9–14, 10969 Berlin  
**Israel nach den Wahlen – eine Bilanz nach den ersten 100 Tagen**  
Konsequenzen der Regierungsbildung und Herausforderungen für die israelische Linke

Mit *Dov Khenin*, Politikwissenschaftler und Anwalt, Mitglied des ZK der KPI, Knesset-abgeordneter der sozialistischen Chadasch-Liste und Vorsitzender der Bewegung »A City for All«, Israel und *Dr. Angelika Timm*, Leiterin des Büros der RLS in Israel

Moderation: Dr. Florian Weis, RLS

Kontakt: Anne Steckner, Tel. 030 44310-163, [steckner@rosalux.de](mailto:steckner@rosalux.de)

**Rosa Luxemburg Stiftung**

Internationales Sommercamp  
**Revocamp'09**  
für revolutionäre Jugendliche

**YES WE CAMP**

2.-8. August 2009 in Liberec (CZ)

Kostet rund 70 Euro für die Woche, inklusive einem Zimmer und dreimal Essen am Tag

- Gemeinsame Anreise aus verschiedenen Städten der BRD, der Schweiz und Österreichs
- Anmeldung unter: [info@revolution.de](http://info@revolution.de)
- Programm auf: [www.revocamp.eu](http://www.revocamp.eu)

**www.REVOLUTION.de.com**